

Zwischen ‚Seebrücke‘ und ‚Außengrenzschutz‘:

Politische Krisennarrative und ihre Effekte auf die europäische Migrationspolitik

Judith Kohlenberger

Ausgelöst durch gewaltsame Konflikte im Mittleren Osten und Nordafrika erlebte Europa in den vergangenen Jahren einen verstärkten Zustrom schutzsuchender Menschen. Alleine im Rekordjahr 2015 suchten rund eine Million Geflüchtete in EU-Mitgliedstaaten um Asyl an, wobei Deutschland, Ungarn, Schweden, Österreich, Italien und Frankreich die höchsten Zuflüsse meldeten.¹ Ökonomische Belastungen für die Aufnahmeländer, Implikationen für Arbeitsmärkte, Sozialsysteme, soziale Sicherheit und Integration in den Aufnahmeländern werden auf politischer und gesellschaftlicher Ebene weiterhin kontrovers diskutiert. Die Migrationskrise 2015 hat nicht zuletzt auch Auswirkungen auf das Verhältnis der Mitgliedstaaten untereinander, sowie auf die Beziehungen der EU zu Drittstaaten, allen voran die Türkei und die zuletzt wieder aufgenommenen Beitrittsverhandlungen. Das Spannungsverhältnis zwischen den westlichen, in Fragen der Migrationspolitik liberal orientierten EU-Staaten unter der ideellen Führung Deutschlands einerseits sowie den Visegrád-Staaten, dominiert von Viktor Orbáns strengem Asylkurs, andererseits spiegelt auch die beiden diametral entgegengesetzten Narrative des politischen Migrationsdiskurses wider.

Am einen Ende des Spektrums steht ein stringenter Sicherheitsdiskurs, welcher das Sterben im Mittelmeer auf eine verfehlte europäische Asylpolitik bzw. fehlenden Außengrenzschutz und unzureichende Kontrollen zurückführt. Gleichzeitig wird die mediale und politische Debatte aber auch vom humanitären Narrativ befeuert, welches gerade diese restriktive Kontrolle der Außengrenzen, allen voran durch das Grenzschutzsystem Frontex, für die Mortalitätsquote im Mittelmeer verantwortlich macht. Im Folgenden sollen diese beiden Narrative näher beleuchtet und mit der bestehenden empirischen Evidenz zu Seenotrettungen, Sterberaten und erfolgten Überfahrten auf den drei zentralen Mittelmeerrouten kontrastiert werden. Meine Thesen stützen sich dabei auf Steinhilbers/Grujters' Ausführungen in ihrer kürzlich veröffentlichten Studie *„A Contested Crisis: Policy Narratives and Empirical Evidence on Border Deaths in the Mediterranean“* (2018). Darauf aufbauend sollen die unmittelbaren Konsequenzen beider Narrative für die europäische Migrationspolitik im Allgemeinen und das Verhältnis einzelner Mitgliedstaaten untereinander im Speziellen beleuchtet werden.

Ein Europa, das schützt

Der Sicherheitsdiskurs (engl. deterrence narrative) entspricht der derzeitigen europäischen Linie in der Migrationspolitik und wird insbesondere von Institutionen wie Frontex getragen. Mit der Übernahme des EU-Ratsvorsitzes durch Österreich am 1. Juli 2018 wurde dieses Narrativ einmal mehr als zentraler Frame kodiert und unter anderem im offiziellen Ratsprogramm unter dem Motto „Ein Europa, das schützt“ festgehalten.² Der Begriff

„Krise“ bezieht sich im Sicherheitsdiskurs vor allem auf die Tatsache, dass EU-Mitgliedsstaaten mit einer beispiellosen Anzahl an Asylanträgen konfrontiert sind, was zu erheblichen Aufwendungen im Sozial- und Gesundheitsbereich sowie zu erhöhten Sicherheitsrisiken führt, nicht zuletzt durch die potentielle Aufnahme radikalisierter Muslime, die, geschützt in der Masse von Personen, die einen tatsächlichen Asylgrund vorweisen können, ungehindert unsere Grenzen passieren. Diese Argumentationslinie hat bekanntlich wesentlich zum britischen Referendum und schlussendlich zum Brexit beitragen, ein Umstand, der für die verbleibenden Mitgliedsstaaten wiederum das Sicherheitsnarrativ befeuert: Das Fehlen einer einheitlichen, restriktiven Migrationspolitik wird als unmittelbar kausal für die voranschreitende Desintegration der EU, ebenso wie für den Aufstieg rechter Parteien in vielen Mitgliedstaaten verstanden (EuroMemo 2016). Folgerichtig gilt es, den potentiell gefährlichen Zufluss von Geflüchteten zu stoppen und Ankommende durch die Errichtungen von Zäunen, Mauern und eine Reihe anderer abschreckender Maßnahmen vom Versuch abzuhalten, ans europäische Festland zu gelangen. Zu diesen Maßnahmen zählen auch die zuletzt wieder verschärften Restriktionen im Bereich der Seenotrettung sowie die strafrechtliche Verfolgung jener NGOs, die sich diesen widersetzen. Parallelen zur amerikanischen Migrationspolitik, insbesondere Donald Trumps Bestreben, eine Mauer an der Grenze zu Mexiko zu errichten, um dem Drogenhandel Einhalt zu gebieten, sind erkennbar.³ Die oft zitierte „Opioid Crisis“ der USA wird somit unzureichenden Grenzkontrollen, nicht aber der Gesundheitspolitik oder fehlenden Restriktionen im Zugang zu Suchtmitteln zugeschrieben.

Auffallend bei diesem Diskurs ist die Zuschreibung des Begriffes „Krise“, dem griechischen Wortstamm entsprechend immerhin ein Moment der Entscheidung (vgl. griechisch κρίνειν – entscheiden): Eine Krise wird als temporärer, intrinsischer Bruch mit einem grundsätzlichen Zustand der Normalität begriffen. Zentral ist dabei die Deklaration eines Ausnahmezustand oder „State of Emergency“, der mit der Krise einhergeht: Die besondere, außergewöhnliche Situation erfordert besondere, außergewöhnliche Maßnahmen, seien es die Errichtung einer mehr als drei Kilometer langen Mauer oder die Aussetzung bestehender völkerrechtlicher Vereinbarungen. Letzteres wird nicht zuletzt durch Österreichs Notstandsgesetz aus dem Jahr 2016 illustriert, welches im Falle der Gefährdung der „öffentlichen Ordnung“ und zum „Schutz der inneren Sicherheit“ die Ablehnung eines Asylantrags an der österreichischen Grenze und die Rückschickung des Einreisenden in das sichere Nachbarland erlaubt.⁴ Während Krisen im Sicherheitsdiskurs auf einer rein verbalen Ebene immer als temporär und klar von einem grundsätzlichen Zustand der Normalität abgegrenzt werden, ist der durch das Notstandsgesetz ausgerufene Notstand aufgrund steigender Flüchtlingszahlen zwar zunächst auf sechs Monate befristet, kann aber mehrfach auf bis zu zwei Jahre verlängert werden. Die wahrgenommene Krise wandelt sich somit zusehends von einer akuten in eine chronische, die eine anhaltende Aussetzung bestehender völkerrechtlicher Konventionen wie etwa dem Dubliner Abkommen ermöglicht.

Im Sicherheitsdiskurs legitimiert die Proklamation einer Krise also Praktiken der Repression und Kontrolle sowie, im extremen Fall, die Beschneidung von Menschenrechten. Anthropologin Sabine Strasser bezeichnet dies als den *Crisis Effect*, der wesentlich zur Schaffung neuer oder zur Konsolidierung bestehender politischer, wirtschaftlicher und sozialer Machtverhältnisse beiträgt (Strasser 2016). Neben nationalen Interventionen wie dem oben genannten Notstandsgesetz zählt dazu auf europäischer Ebene das EU-Türkei-

abkommen aus dem März 2016, durch welches der irregulären Migration in die EU Einhalt geboten werden sollte. Weil sich die Türkei verpflichtete, all jene Migrant*innen, deren Asylansuchen in Griechenland entweder abgewiesen oder erst gar nicht gestellt wurde, zurückzunehmen, erhielt das Land anfänglich drei Milliarden Euro, offiziell zur unmittelbaren humanitären Unterstützung für die Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten. Gleichzeitig verpflichtete sich die EU dazu, bis Ende 2018 weitere drei Milliarden Euro zu mobilisieren. Verbunden mit einem engen Zeitplan zur Visa-Liberalisierung und der Wiederaufnahme der EU-Beitrittsverhandlungen zeigt allein die schiefe Höhe des eilig aufgestellten Budgets, wie das Narrativ einer Krise die Verteilung politischer, aber auch finanzieller und struktureller Ressourcen bedingt, legitimiert und zusätzlich befeuert.

Gleichzeitig ist die Identifizierung von Krisen auch ein veritables Instrument für Machterhalt und -verteilung: Bereits Michel Foucault zeigte in seinen Vorlesungen am College de France (1977–1978) auf, wie moderne Politik untrennbar mit dem Versuch der Kontrolle und Regulierung von Veränderungen verbunden ist, insbesondere jenen Veränderungen, welche die oben angeführte „öffentliche Ordnung“ und Sicherheit bedrohen. Die beginnende Urbanisierung im 17. Jahrhundert führte zur Schaffung der Kategorie „Bevölkerung“, i.e. die Existenz vieler einzelner Individuen in regulierter, geordneter Form, welche auch dazu gedacht war, der Entstehung großer Städte und den damit verbundenen Herausforderungen, von Hygiene bis Nahrungsmittelversorgung, ein Gefühl der Stabilität, Bereitschaft und Absicherung entgegenzusetzen. Verbunden war dieser Diskurs mit der Institutionalisierung zentralisierter Macht, welche untrennbar mit dem Narrativ der Krise verknüpft ist: Laut Foucault liegt dieser perpetuelle Soundtrack der Krise, mit dem wir gegenwärtig so vertraut sind, allen modernen Formen der Politik, Reglementierung und staatlichen Kontrolle zugrunde. Gleichzeitig bedingt eben genau diese Etablierung einer Staatsmacht bzw. eines Souveräns wiederum neue Gefahren und Herausforderungen. Die Globalisierung und gesteigerte Produktion von Gütern und Ressourcen führen gleichzeitig zur Globalisierung und gesteigerten Produktion von Risiken (Killen/Lebovic 2014), eine Erkenntnis, die den aktuellen Theorien zum Anthropozän zugrunde liegt (Chakrabarty 2009).⁵ In Abwandlung der anarchistischen Parole „No Border No Nation“ wäre folgerichtiger: „No Border, No Border Crisis“. Denn erst durch Grenzziehung und die Formierung souveräner Staatsgebiete entstehen eben auch Grenzen, die es zu verteidigen, zu schützen oder, im aktuellen Politjargon, zu managen gilt, besonders wenn sich diese in einer scheinbaren Krise befinden.

Die Ausrufung einer „Krise“ bedingt somit immer rechtliche, politische oder humanitäre Intervention, die unter normalen Bedingungen nicht notwendig, möglich oder legitim wären. In der gemeinsamen Erklärung der EU und der Türkei von 18. März 2016 wird das Abkommen folgerichtig als Maßnahme zur Abwendung der Krise im Mittelmeer beschrieben: Wörtlich heißt es, es wurde insbesondere deshalb beschlossen, „um das Geschäftsmodell der Schleuser zu zerschlagen und den Migranten eine Alternative zu bieten, damit sie nicht ihr Leben aufs Spiel setzen.“⁶ Tatsächlich zeichnet sich der Sicherheitsdiskurs dadurch aus, dass er direkt oder indirekt dem fehlenden oder lückenhaften Schutz der EU-Außengrenzen Schuld am Sterben im Mittelmeer gibt. Die Tatsache, dass Grenzen „illegal“ passierbar sind, führe erst dazu, dass sich Menschen für die gefährliche Überfahrt nach Europa entscheiden. Repressive Interventionen und Grenzkontrollen werden so als Schutzmaßnahmen, als „wohlwollend“ oder gar „mildtätig“ dargestellt (Carling/Hernán-

dez-Carretero 2011), haben sie doch nur das Wohlergehen der Migrant*innen vor Augen, die nun nicht mehr ihr Leben auf der Fluchtroute riskieren müssen bzw. können. Welche alternativen Handlungsspielräume Menschen, die vor Krieg und Verfolgung in ihren Heimatländern fliehen, offen stehen, und welche Gefahren und Risiken diese wiederum bergen, wird im herrschenden Sicherheitsdiskurs wohlweislich ausgeblendet. Seenotrettungen werden in diesem Narrativ als „Pullfaktor“ kodiert, welcher zu noch mehr riskanten Überfahrten und, in derselben Logik, zu mehr Toten führen würde. Ein extremes Beispiel für diese Argumentationslinie ist die deutsche AfD, die in der Person ihrer Europaabgeordneten Beatrix von Storch sogar der in ihren Augen zu toleranten Flüchtlingspolitik Angela Merkels und ihrem viel zitierten Ausspruch „Wir schaffen das!“ Mitschuld am Tod all jener Kinder, Frauen und Männern gab, die die Überfahrt über das Mittelmeer nicht überlebten. Von Storch forderte deshalb einen „Untersuchungsausschuss Merkel“, würden durch ihre politischen Äußerungen doch Flüchtlinge nach Europa und damit in unsichere Boote und gefährliche Überfahrten „gelockt“.⁷

Europäischer Außengrenzschutz und seine Folgen

Der Sicherheitsdiskurs, eng mit dem Pullfaktorenargument verwoben, trug maßgeblich zur Entscheidung der EU bei, das von der italienischen Marine und Küstenwache eingesetzte Seerettungsprogramm Mare Nostrum nicht zu (ko)finanzieren, was schlussendlich zu seiner Stilllegung führte. Abgelöst wurde das Programm im Oktober 2014 von der Operation Triton unter der Ägide der Grenzschutzagentur Frontex. Im Gegensatz zu Mare Nostrum war Triton nicht als Search-and-Rescue (SAR) Mission, sondern primär für den Kampf gegen Kriminalität und den Schutz der Außengrenzen gedacht. Gleichzeitig war Triton mit einem wesentlich geringen Budget ausgestattet und hatte dementsprechend einen verkleinerten regionalen Zuständigkeitsbereich zu verantworten. Der unmittelbare Effekt zeigte sich im Anstieg der Mortalitätsrate im verantworteten Mittelmeergebiet: Diese steigt nach der Beendigung von Mare Nostrum (20,6) auf einen Wert von 27,9 pro tausend Überfahrten, was nicht zuletzt auf zwei große Schiffbrüche im April 2015 mit 400 bzw. 750 Opfern zurückzuführen ist (Steinhilper/Gruijters 2018). Der Investigativbericht *Death by Rescue* (2016) des Goldsmiths College der University of London macht deutlich, dass gerade diese beiden Unglücke durch ein ausgedehnteres SAR Mandat sowie adäquatere Ausstattung der Flotte verhindert hätten werden können: „In this way, EU agencies and policy makers knowingly created the conditions that led to massive loss of life in the April shipwrecks“, lautet das abschließende Urteil des Berichts (Heller/Pezzani 2016).

Gleichzeitig zeigen verfügbare Statistiken, dass auch die absolute Zahl an versuchten Überfahrten durch die Einstellung von Mare Nostrum nicht zurückging. Tatsächlich ist in den vergleichbarem Zeiträumen November 2013 bis Mai 2014 (mit Mare Nostrum) und November 2014 bis Mai 2015 (ohne Mare Nostrum) eine Zunahme der ankommenden Migrant*innen zu verzeichnen, und zwar von 45.446 auf 63.637 Individuen (Steinhilper/Gruijters 2018; basierend auf den Datenbanken von Frontex, IOM und UNHCR). Der Grund dafür liegt vor allem in der politischen Überbewertung von Pullfaktoren, die offenbar eine viel geringe Rolle für Migrationsentscheidungen spielen als eine Reihe anderer Faktoren, nicht zuletzt weil Migrant*innen von Informationen zur Absetzung

von Mare Nostrum oft gar nicht erreicht wurden (Crawley u.a. 2016; Squire u.a. 2017). Insbesondere spielen Fluchtursachen im Herkunftsland und persönliche Aspirationen sowie Gewalterfahrungen im Transitland eine Rolle. Menschen, die unter grausamsten Bedingungen in Libyen ausharren, entscheiden sich unabhängig von den Risiken für die schnellstmögliche Seefahrt nach Europa (Andersson 2017).

Ähnliches zeigt sich auch bei den Auswirkungen des EU-Türkeiabkommens. Während die Mortalitätsrate, genauso wie die Anzahl der ankommenden Migrant*innen via der Balkanroute aufgrund ihrer „Schließung“ bzw. des Abkommens wie erwartet gesunken sind, sind Substitutionseffekte nicht auszuschließen. Restriktive Migrationspolitik führt neben intertemporalen Effekten (Jetzt-oder-Nie-Schüben) und Rückkehreffekten (reduzierte zirkuläre Migration) zu kategorischen und/oder räumlichen Effekten (Czaika/de Haas 2013), welche u.a. die Umleitung von Migrationsströmen auf andere Routen (z.B. von der Westbalkan- auf die Mittelmeerroute via Libyen) oder Einwanderungskategorien (von Asyl auf Visum) beinhalten. Auf Basis bisher verfügbarer Daten lässt sich festhalten, dass die beiden letzteren Optionen bisher nicht realisiert wurden: Die Anzahl der Geflüchteten aus Syrien und Nachbarländern, die nach dem EU-Türkeiabkommen über die Balkanroute nach Europa kommen, blieb bislang konstant niedrig, ohne dass sich ihr (absoluter oder relativer) Anteil auf anderen Routen (insbesondere via Italien oder Spanien) erhöht hätte (Steinhilper/Grujters 2018). Das Regime in Libyen, fehlende Informationen über andere Routen, oder ein Mangel an Ressourcen, um diese zu erreichen, könnten dazu beigetragen haben. Die Situation in Herkunftsländern im Mittleren Osten und Subsahara-Afrika bleibt jedenfalls weiterhin angespannt und hat kaum zur Abnahme von Fluchtbewegungen beigetragen.

„Hilfe vor Ort“ als europäische Lösung?

Das alternative, entgegengesetzte Narrativ, welches Europas Migrationskrise derzeit motiviert, ist jenes, das vorrangig von NGOs, humanitären Organisationen und Menschenrechtsaktivist*innen betrieben wird. Außengrenzschutz und erhöhte Kontrolle werden dabei nicht als Lösung, sondern als Grund für die Krise im Mittelmeer gesehen. Die „Festung Europa“ wird für das Sterben im Mittelmeer verantwortlich gemacht, fehlt es doch an sicheren, legalen Fluchtrouten, sodass Migrant*innen immer riskantere Wege nach Europa wählen. Proponent*innen dieses Narrativs betonen die moralische und rechtliche Verpflichtung Europas, Geflüchteten Schutz zu bieten und ihre Not zu lindern. Das bezieht sich auch auf die jüngst umstrittenen Seenotrettungen, welche als ethischer Imperativ verstanden werden. Gleichzeitig wird für die Schaffung sicherer Fluchtrouten plädiert: Die Lösungsvorschläge sind u.a. humanitäre Korridore oder Botschafts asyl. Im Gegensatz zum Sicherheitsdiskurs sind es also humanere Migrationspolitiken, insbesondere ein weniger restriktives, rein auf Abschreckung abzielendes Grenz- und Aufnahmemanagement, die als effektive Maßnahmen gegen das Sterben im Mittelmeer vorgeschlagen werden.

Die Definition einer zugrundeliegenden Krisensituation ist aber auch in diesem Szenario zentral: Ähnlich wie im Sicherheitsdiskurs kann eine Krise zur Transformation politischer in humanitäre Ansprüche beitragen und somit wieder zur Mobilisierung von Ressourcen und Umverteilung von Machtverhältnissen führen, legitimiert durch das Leid

der Betroffenen (Ticktin 2011; Fassin 2011; Strasser 2014). Im sogenannten *humanitarian imaginary* (Calhoun 2014) werden langbestehende Konflikte oder historisch gewachsene strukturelle Ungleichheiten oft als unvorhersehbare Überraschungen präsentiert, die einer sofortigen, singulären und zeitlich begrenzten Reaktion bedürfen. Diese Art der diskursiven Legitimation führt vielfach dazu, dass darunterliegende politische, ökonomische oder soziale Gründe als unmittelbare Auslöser der chronischen Krisensituation in den Hintergrund treten, während individuelles Leid und die damit verbundene Dringlichkeit betont werden. Tatsächlich müssen sich NGOs nicht selten dem Vorwurf stellen, ‚alarmistisch‘ oder ‚aufbauscheidend‘ zu agieren, oder Teil einer ‚Krisenindustrie‘ zu sein. Begriffe wie *Crisis, Inc.* (Strasser 2016) beschreiben, wie sich Sicherheits- und humanitäre Narrative im Kern ähneln: Für staatliche Institutionen genauso wie für internationale NGOs und Menschenrechtsorganisationen, und nicht zuletzt für die Wissensarbeit, dienen globale Krisenherde auch als strategisch wertvolle Argumente für die Lukrierung und den Einsatz von Ressourcen sowie die Legitimierung bestehender oder neuer Machtverhältnisse.

Und es gibt einen weiteren zentralen Aspekt, der beide Narrative, den Sicherheits- und den humanitären Diskurs, eint: Beide weisen wiederholt auf die „Bekämpfung von Fluchtursachen“ hin, die durch „Hilfe vor Ort“ gelingen soll. Wie diese Hilfe genau gestaltet sein kann, wird auf europäischer Ebene derzeit selten konkretisiert. Grundlegend scheinen EU-Mitgliedstaaten aber in der Frage geeint, dass die ökonomische Entwicklung der für die EU wichtigsten Herkunftsländer, insbesondere Staaten in Subsahara-Afrika, die wesentliche Voraussetzung für das Abflauen irregulärer Migration nach Europa darstellt. Dementsprechend wird das Budget für europäische Entwicklungszusammenarbeit nicht zuletzt unter Einbeziehung der zu erwartenden Migrationsströme aus den betroffenen Ländern diskutiert. Im Sinne eines systemischen Krisenbegriffs (Centeno u.a. 2015) werden Armut, ökonomische Abhängigkeiten, Mangel an Nahrungsmitteln und sauberem Wasser, unzureichender Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung und Beschäftigung in Ländern des globalen Südens als Steigerung des systemischen Risikos in einer globalisierten Welt verstanden. Somit können akute Krisensituationen in einzelnen Ländern zu einem Dominoeffekt führen und die Stabilität des gesamten Systems beeinträchtigen. Entwicklungszusammenarbeit ist in diesem Sinne nicht nur ein humanitäres Unterfangen, sondern essentiell für die Stabilität des globalen wirtschaftlichen und sozialen Gefüges (Puma u.a. 2018).

Während ein Beitrag zu Entwicklungskooperation zu begrüßen ist, muss gleichzeitig darauf hingewiesen werden, dass ökonomische Entwicklung nicht zwingend mit einer Abnahme des Migrationsdrucks einhergeht. Inzwischen lässt sich fundiert belegen, dass wirtschaftliche Entwicklung tendenziell eher zu einer Erhöhung der Abwanderungsneigung führt (de Haas 2010). Basierend auf dem Human Development Index (HDI) der Vereinten Nationen zeigt sich, dass Länder mit einem mittleren HDI, wie z.B. Mexiko, Marokko, Türkei und die Philippinen, den höchsten Anteil an Emigrant*innen aufweisen, während ärmere, weniger entwickelte Länder in Subsahara-Afrika oder Südasien derzeit nur wenig transnationale Migration verzeichnen. Das hängt damit zusammen, dass Migrationsentscheidungen ein komplexes Zusammenspiel aus persönlichen Aspirationen und tatsächlichen Möglichkeiten sind, und im konkreten Fall oft wesentlich non-linearer ablaufen, als es das gängige Push-Pull-Modell erwarten lässt. Menschen in den ärmsten Regionen der Welt fehlen die Ressourcen, finanzieller und personaler Natur, die not-

wendig wären, um sich Auswanderung, vor allem über weite Distanzen und transkontinental, leisten zu können. Durch ökonomische Entwicklung, aber auch durch Bildung und Zugang zu Medien steigt der Migrationsdruck. Diese Entwicklung lässt sich nur bis zu einem gewissen Grad steuern; vielmehr sollte Migration als „*integral part of broader processes of development and social and economic change rather than as problem to be ‚solved‘*“ (de Haas 2010, 40) gesehen werden.

Von dieser Sichtweise ist man auf europäischer Ebene derzeit weit entfernt. Aufgrund der weiterhin ungeklärten Zuständigkeitsfrage bei der Verteilung von Asylwerbenden schreitet die Polarisierung innerhalb der Eurozone voran. Kernländer wie Deutschland oder skandinavische Staaten sehen sich Ländern der Peripherie wie z.B. Polen gegenüber, die historisch selbst stark von Emigration in ‚reichere‘ EU-Staaten profitiert haben, sich nun aber der Aufnahme von Personen aus Drittstaaten verweigern. Selbst die Wanderung zwischen EU-Mitgliedstaaten, also das hohe Gute der Personenfreizügigkeit, bleibt umstritten: Die Frage der Migration aus osteuropäischen Ländern nach Großbritannien hatte einen wesentlichen Anteil an der Brexit-Entscheidung, während die Reisefreiheit innerhalb des Schengenraums immer wieder als Vorwand für strenge Asyl- und Einreisebedingungen aus Drittstaaten erhalten muss (EuroMemo 2016). Aktuelle Vorschläge für eine geeinte europäische Migrationspolitik, die auf rasche Asylverfahren in sogenannten ‚Hotspots‘ und darauf folgende, freiwillige dezentrale Aufnahme von Asylberechtigten von Gemeinden und Städten setzen, wie zuletzt von Gerald Knaus und Gesine Schwan präsentiert,⁸ wurden bislang nicht ernsthaft diskutiert, passen sie doch kaum ins herrschende Sicherheitsnarrativ. Langfristig betrachtet, angesichts zunehmender Desintegrationstendenzen und dem Aufstieg rechtspopulistischer Bewegungen, ist die Rückbesinnung auf das Gründungsprinzip der Solidarität unter den Mitgliedstaaten, gerade auch auf regionaler und kommunaler Ebene, die alternativlose Grundlage für eine geeinte europäische Migrationspolitik.

Anmerkungen

- 1) Eurostat (2016): „Eurostat: Your Key to European Statistics“, <http://ec.europa.eu/eurostat/web/asylum-and-managed-migration/data/database> (21.10.2016).
- 2) <https://www.eu2018.at/de/agenda-priorities/programme.html> (20.8.2018).
- 3) Time Magazine (26.10.2017): President Trump Blamed Criminals, Drug Companies, Mexico and China for the Opioid Crisis. <http://time.com/4999244/opioid-crisis-donald-trump-criminals-drug-companies-mexico-china/> (20.8.2018).
- 4) Die Welt (27.04.2016): Österreich will heute Notstandsgesetz beschließen. <https://www.welt.de/politik/ausland/article154792667/Oesterreich-will-heute-Notstandsgesetz-beschliessen.html> (20.8.2018).
- 5) Der Begriff „Anthropozän“, erstmals geprägt im Jahr 2000 von Paul Crutzen, beschreibt unser aktuelles Zeitalter als die erste Epoche in der Geogeschichte, in welcher der Mensch zu einem geologischen Faktor und dem wichtigsten Einfluss auf die biologischen und atmosphärische Prozesse auf der Erde geworden ist. Nicht zuletzt definiert sich das Anthropozän durch eine Reihe vom Menschen ausgelösten Krisen, u.a. dem Klimawandel und dem Artensterben.
- 6) <http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2016/03/18/eu-turkey-statement/> (20.8.2018).
- 7) Die Welt (22.11.2016): AfD gibt Merkel eine Mitschuld am Tod von Flüchtlingen. <https://www.welt.de/politik/deutschland/article159630074/AFD-gibt-Merkeleine-Mitschuld-am-Tod-von-Fluechtlingen.html> (20.8.2018).
- 8) <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/gesine-schwan-und-gerald-knaus-ueber-eine-neue-fluechtlings-politik-a-1215309.html> (20.8.2018)

Literaturverzeichnis

- Andersson, Ruben (2017): Rescued and caught: The humanitarian–security nexus at Europe’s frontiers; in: Nicholas De Genova (Hg.): *The Borders of ‚Europe‘: Autonomy of Migration, Tactics of Bordering*, Durham, NC, 64–94.
- Calhoun, Craig (2014): The Idea of Emergency: Humanitarian Action and Global (Dis)Order; in: Didier Fassin/Mariella Pandolfi (Hg.): *Contemporary States of Emergency: The Politics of Military and Humanitarian Interventions*, Brooklyn, 29–58.
- Carling, Jørgen/Hernández-Carretero Maria (2011): Protecting Europe and protecting migrants? Strategies for managing unauthorised migration from Africa; in: *British Journal of Politics and International Relations* 13.1/2011, 42–58.
- Centeno, Miguel A./Manish Nag/Thayer S. Patterson/Andrew Shaver/A. Jason Windawi (2015): The Emergence of Global Systemic Risk; in: *Annual Review of Sociology* 41/2015, 65–85.
- Chakrabarty, Dikesh (2009): The Climate of History; in: *Critical Inquiry* 35/2009, 197.
- Crawley, Heaven/Franck Düvell/Katharine Jones/Simon McMahon/Nando Sigona (2016): *Destination Europe? Understanding the dynamics and drivers of Mediterranean migration in 2015*. MEDMIG final report. Available at: <http://www.medmig.info/research-brief-destination-europe.pdf>.
- Czaika, Mathias/Hein De Haas (2013): The Effectiveness of Immigration Policies; in: *Population and Development Review* 39.3/2013, 487–508.
- De Haas, Hein (2010): Migration transitions: A theoretical and empirical inquiry into the developmental Drivers of international migration, DEMIG Working Paper 24/2010.
- EuroMemo (2016): *Wege zur Bewältigung der Krisen in Europa: Eine Agenda für einen wirtschaftlichen Wandel, Solidarität und Demokratie*. EuroMemorandum, Brüssel, 2016.
- Fassin, Didier (2011): *Humanitarian Reason: A Moral History of the Present*. Berkeley, Los Angeles.
- Foucault, Michel (1977–78/2007): *Security, Territory, Population: Lectures at the College de France*, trans. Graham Burchell, New York.
- Heller, Charles/Lorenzo Pezzani (2016): *Death by rescue: The lethal effects of the EU’s policies of nonassistance at sea*, London: University of London, Goldsmiths College, unter: www.deathbyrescue.org.
- Killén, Andreas/Nitzan Lebovic (2014): Introduction; in: Nitzan Lebovic/Andreas Killén (Hg.): *Catastrophes: A History and Theory of an Operative Concept*. Berlin/Boston, 1–14.
- Puma, Michael J./So Young Chon/Kaoru Kakinuma/Matti Kumm/Raya Muttarak/Richard Seager/Yoshihide Wada (2018): A developing food crisis and potential refugee movements; in: *Nature Sustainability* 1/2018, 380–382.
- Squire, Vicki/Angeliki Dimitriadi/Nina Perkowski/Maria Pisani/Dallal Stevens/Nick Vaughan-Williams (2017): *Crossing the Mediterranean Sea by boat: Mapping and documenting migratory journeys and experiences*, unter: www.warwick.ac.uk/crossingthemed.
- Steinhilper, Elias/Rob J. Gruijters (2018): A Contested Crisis: Policy Narratives and Empirical Evidence on Border Deaths in the Mediterranean, in: *Sociology* 52.3/2018, 515–533.
- Strasser, Sabine (2016): The Crises Effect: Global Moral Obligations, National Interventions, and the Figure of the Pitiful/Abusive Migrant; in: *Ethnologia Balkanica* 18/2016, 27–40.
- Ticktin, Miriam (2011): *Casualties of Care: Immigration and the Politics of Humanitarianism in France*. Berkeley, Los Angeles.